

Süd-West-Nord-Umfahrung gefordert

Sammeleinwendungen zur Umgehung – 220 Bürgerinnen und Bürger meldeten Einwände zur Nord-Ost-Umgehung an

USINGEN (ua). Das Regierungspräsidium Darmstadt hat die zum geplanten Neubau einer Nord-Ost-Umgehung Usingens (B 275/B 456) eingegangenen privaten Einwendungen und Stellungnahmen von Fachbehörden, Kommunen und Verbänden der hessischen Straßenbauverwaltung zur Stellungnahme übersandt. Innerhalb der Anhörungsfrist hatten beim Regierungspräsidium, abgesehen von eini-

gen Sammeleinwendungen, 220 Bürgerinnen und Bürger Einwendungen erhoben. Sollte das Amt für Straßen- und Verkehrswesen in Frankfurt als sogenannter Vorhabensträger, so das RP weiter, keine Planänderung mehr vornehmen, steht anschließend der Erörterungstermin an. Zu diesem werde das Regierungspräsidium rechtzeitig einladen. Die Behörde hat dann zu prüfen, ob die Erörterung auf

Themenkomplexe oder Betroffenengruppen beschränkt werden kann.

Der weitaus größte Teil der Einwender lehnt die Nord-Ost-Variante grundsätzlich ab und fordert stattdessen eine Süd-West-Nord-Umfahrung. Eine Minderheit sieht dagegen in der Nord-Ost-Umgehung die einzig richtige Variante zur Lösung der Verkehrsproblematik, ist aber mit der konkreten Planung nicht einverstanden.

Sie kritisiert in diesem Zusammenhang die Planunterlagen, die nicht vollständig und deshalb ungeeignet seien.

Das Regierungspräsidium hat darauf hingewiesen, dass die von vielen Einwendern erbetene Eingangsbestätigung aufgrund der Vielzahl von Einwendungen nicht möglich ist. Diese Handhabung entspreche auch der gängigen Verwaltungspraxis.